Bericht

- Veranstaltung: **Fortbildungsreise nach Südtirol**
19. - 23. Oktober 2016
- Veranstalter: Fachgruppe Europarecht und Internationale Richterbeziehungen,
Richtervereinigung
- Berichterstatterin: Mag. Christine Gödl, Richterin/BMJ

Die Studienreise 2016 der Fachgruppe Europarecht und Internationale Richterzusammenarbeit führte nach Bozen¹ und Meran². Dort standen Besuche bei der Europäischen Akademie in Bozen (EURAC), beim Oberlandesgericht Trient/Außenstelle Bozen, dem Landesgericht Bozen und der Staatsanwaltschaft Bozen auf dem Programm. Das touristische Rahmenprogramm umfasste eine Besichtigung des Schlosses Tirol, Ausflüge nach Trient und Riva del Garda sowie ein traditionelles Törggelen.

Die Vertreter der Gastgeberinstitutionen gaben engagiert einen Einblick in ihre Tätigkeit, den Aufbau der Institutionen und die aktuellen Herausforderungen für das Justizwesen in Südtirol. Spannende Einblicke in die Südtiroler Zeitgeschichte ermöglichte der Besuch bei der Europäischen Akademie in Bozen, bei welchem Landeshauptmann aD Luis Durnwalder³ einen fesselnden Vortrag zur Entwicklung der Südtiroler Autonomie hielt.

Zur Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Südtirol

1 Bozen ist die Landeshauptstadt Südtirols, Sitz der Landesregierung und des Landtages, seit 1997 mit der Freien Universität Bozen auch Universitätsstadt, und hat circa 106.441 Einwohner.

2 Meran ist nach der Landeshauptstadt Bozen mit 39.462 Einwohnern die zweitgrößte Stadt in der Provinz Südtirol.

3 Alois Durnwalder, ehemaliger Politiker der Südtiroler Volkspartei (SVP), war von 1989 bis 2014 Landeshauptmann Südtirols.

Das Gerichtswesen in Italien ist ähnlich wie in Österreich organisiert, mit dem Unterschied, dass auch Staatsanwälte nicht dem Justizministerium unterstellt sind. Im Italienischen werden mit dem Begriff „Magistrati“ Richter und Staatsanwälte bezeichnet.

In erster Instanz entscheidet ein Friedensrichter („giudice di pace“) über Rechtsstreitigkeiten mit geringem Streitwert. Das Amt des Friedensrichters wird von ehrenamtlichen Richtern ausgeübt, die als Einzelrichter entscheiden. Das Landesgericht „Tribunale“ entscheidet als Einzelrichter oder Kollegialgericht in erster Instanz, sowie in zweiter Instanz über Urteile der Friedensrichter. Das Oberlandesgericht „Corte d'appello“ entscheidet immer als Kollegialorgan im Bereich des Straf- und Zivilrechts über die Urteile der Landesgerichte. In Strafsachen entscheiden außerdem Schwurgerichte „Corte d'assise“ über besonders schwerwiegende Strafdelikte. In zweiter Instanz entscheiden Berufungsschwurgerichte „Corte d'assise d'appello“. In letzter Instanz entscheidet der Kassationsgerichtshof „Corte di cassazione“. Dieses Gericht hat seinen Sitz in Rom.

An den Sitzen der Landesgerichte und Oberlandesgerichte sind die Staatsanwaltschaften angesiedelt.

Sämtliche Entscheidungen über die Richterschaft werden in einem Selbstverwaltungsorgan, dem Obersten Rat der Gerichtsbarkeit, dem „Consiglio Superiore della Magistratura“⁴, für die ordentliche Gerichtsbarkeit gefällt. Dieser Rat besteht aus 24 gewählten Mitgliedern, die zu zwei Dritteln von der Richterschaft und zu einem Drittel vom Parlament in gemeinsamer Sitzung gewählt werden, sowie drei Mitgliedern von Amts wegen: dem Präsidenten der Republik, dem Präsidenten des Kassationsgerichtshofes und dem Generalprokurator beim Kassationsgerichtshof. Im Unterschied zu Österreich übernimmt das Justizministerium in Italien im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit nur organisatorische Aufgaben. Der Oberste Rat der Gerichtsbarkeit ist unter anderem zuständig für die Ernennung und Auswahl der Richter und Staatsanwälte, Disziplinarmaßnahmen und Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung.

Der Zugang zum Richteramt findet über einen etwa alle zwei Jahre stattfindenden Wettbewerb statt, bei dem Italienweit etwa 300 bis 400 Stellen ausgeschrieben werden. In diesem Auswahlverfahren wird für Personen, die das Richteramt in Südtirol ausüben wollen, neben den schriftlichen und mündlichen Prüfungen in allen Materien des italienischen materiellen und Prozessrechts auch der Nachweis der Zweisprachigkeit gefordert. Die Zweisprachigkeitsprüfung ist für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst in Südtirol

4 Für weiterführende Informationen: <http://www.csm.it/>

Voraussetzung,⁵ es gibt sie auf vier verschiedenen Niveaustufen (A bis D), wobei beim akademischen Beruf des Richters die höchste Stufe nachgewiesen werden muss. Die Erfolgsquote bei der Zweisprachigkeitsprüfung/Niveau A lag 2015 bei circa 55 %. Die schwierigen inhaltlichen und sprachlichen Voraussetzungen für den Zugang zum Richteramt führten in der Vergangenheit zu Personalengpässen bei den Südtiroler Gerichten.

Oberlandesgericht Trient - Außenstelle Bozen

In Bozen wurde die Fachgruppe beim Oberlandesgericht Trient, Außenstelle Bozen, vom Präsidenten Dr. Johann Pichler, empfangen, der eine Einführung in die Geschichte dieser Außenstelle gab. Im Gefolge der zunehmenden Südtiroler Autonomie wurde mit Gesetz vom 17. Oktober 1991 die Außenabteilung Bozen des OLG Trient eingerichtet. Das Gericht nahm am 1. April 1996 seine Tätigkeit auf. Erst im Jahr 2006 wurde in Bozen auch die Außenabteilung des Schwurgerichts zweiter Instanz Trient eröffnet. Örtlich zuständig ist die Außenabteilung Bozen des OLG Trient für die Bezirke Bozen, Brixen, Bruneck, Meran und Schlanders. Sachlich zuständig ist das OLG vor allem in Rechtsmittelsachen. Anders als in Österreich wirkt das OLG aber auch als Erstrichter in internationalen Beziehungen zu den Gerichtsbehörden anderer Länder in Auslieferungssachen, Fällen des europäischen Haftbefehls, Anerkennung von ausländischen Strafurteilen und internationalen Rechtshilfesuchen, und in Amtshaftungssachen. Personell ist die Außenstelle Bozen mit zwei Sektionspräsidenten, fünf Oberlandesgerichtsräten und zwei Arbeitsräten besetzt. Der älteste Sektionspräsident übernimmt auch die Rolle des übergeordneten Präsidenten, repräsentiert das Gericht nach außen und koordiniert die Verwaltungsangelegenheiten des Gerichts.

Neben der Außenstelle Bozen des OLG Trient ist im selben Gebäude auch die Generalstaatsanwaltschaft, das Jugendgericht und die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht untergebracht.

Der Präsident der Außenstelle Bozen wies auf die Herausforderungen des Oberlandesgerichts hin: vorherrschendes Thema sei die lange Verfahrensdauer. In Strafsachen bedingt durch die absolute Verjährung, die dazu führt, dass zahlreiche Rechtsmittel in allen Instanzen erhoben werden; in Zivilsachen durch den zahlenmäßigen Anstieg der Streitsachen. So betrug die durchschnittliche Verfahrensdauer in der ordentlichen Zivilgerichtsbarkeit mehr als zwei Jahre, in Arbeitssachen im Durchschnitt ein Jahr und 43 Tage.

5 In einigen Gebieten wird auch eine Dreisprachigkeitsprüfung (inklusive Ladinisch) gefordert.

Vor diesem Hintergrund ist es ein – vom Justizministerium formuliertes – Ziel, die Verfahrensdauer zu verkürzen, was insbesondere durch personelle Maßnahmen und die Erweiterung der elektronischen Verfahrensführung erreicht werden soll. Die formulierten Ziele werden für die Öffentlichkeit in einer Sozialbilanz veröffentlicht.⁶

Landesgericht und Staatsanwaltschaft Bozen

Das Landesgericht Bozen hat seinen Hauptsitz in Bozen und vier Außenabteilungen in Brixen, Bruneck, Meran und Schlanders. Funktionell sind beim Landesgericht Richter und Kanzleien sowie Verwaltungsbüros tätig. Dem Gericht steht der Präsident vor; dies ist ein Richter des Landesgerichts, der nur für eine bestimmte Funktionsperiode zeitlich begrenzt tätig ist und danach durch einen anderen Richter des Landesgerichts als Präsident ersetzt wird. Am Landesgericht Bozen sind 29 Richterplanstellen systemisiert. Es gibt zwei Abteilungen für Zivilsachen und zwei Abteilungen in Strafsachen, Hauptverhandlungssachen und Vorverfahren.

Die derzeitige Präsidentin des Landesgerichts, Dr. Elsa Vesco, wies auch auf den besonderen Umstand der Zweisprachigkeit hin. Mit der Südtiroler Autonomie wurde das Recht der Südtiroler als Minderheit, ihre eigene Sprache vor Gericht zu verwenden, gesetzlich festgelegt. In der Praxis führt dies dazu, dass der Kläger/Beklagte seine Sprache wählen kann und der gesamte Akt und die Verhandlungen zweisprachig geführt werden. Sämtliche Dokumente müssen übersetzt werden, was mit ein Grund für die lange Verfahrensdauer ist.

Von Seiten der Staatsanwaltschaft Bozen wurde auf die traditionell gute Zusammenarbeit mit der österreichischen Justiz hingewiesen und einmal mehr die Problematik der Verjährung in Strafsachen erläutert. Zudem wurde auf den interessanten Umstand hingewiesen, dass die Vorerhebungen bei der Staatsanwaltschaft bzw dem Untersuchungsrichter geführt werden und bis zur Einbringung der Anklageschrift reichen. Der Hauptverhandlungsrichter erhält im Akt nur die Anklageschrift und nimmt in der Hauptverhandlung sämtliche Beweise unmittelbar auf, sodass der Staatsanwaltschaft im Verfahren eine aktive Rolle zufällt.

Präsidentin Vesco führte der Fachgruppe auch die angespannte Personalsituation der Gerichte vor Augen. Um diese zu entschärfen, wurde gesetzlich das Amt des ehrenamtlichen Richters und Staatsanwaltes⁷ eingeführt. Es handelt sich dabei um einschlägig qualifizierte

6 <http://www.corteappello.bolzano.it/de/Content/Index/29660>

7 Vgl. Artt. 71, 71 bis, 72 Ordinamento giudiziario

Personen, die vom Generalstaatsanwalt für zunächst drei Jahre (1x verlängerbar) ernannt werden und italienische Staatsbürger sein müssen, im Besitze der zivilen und politischen Rechte, physisch und psychisch geeignet und zwischen 25 und 69 Jahre alt sind. Weiters müssen sie in der Gemeinde wohnhaft sein, in der sich die Justizbehörde (in der sie eingesetzt werden wollen) befindet, und ein Rechtsstudium absolviert haben. Bestimmte weitere Voraussetzungen, wie beispielweise in der Funktion eines Rechtsanwaltes oder Notars tätig (gewesen) zu sein, stellen einen Vorzug für die Einstellung dar.

Europäische Akademie Bozen

Die Europäische Akademie Bozen (EURAC Research) ist ein privates Forschungszentrum mit Sitz in Bozen. Sie hat den Zweck, angewandte, interdisziplinäre und Grundlagenforschung sowie wissenschaftliche Beratung und Ausbildung zu betreiben. Gegründet wurde die EURAC 1992 als privatrechtlicher Verein mit dem Forschungsschwerpunkt Sprache und Recht, Minderheiten und Autonomien und alpine Umwelt. Im Laufe der Zeit erweiterte die Akademie ihre Tätigkeit personell und thematisch. Heute sind bei der EURAC circa 300 Wissenschaftler aus über 30 Nationen tätig. Die hauptsächlichen Forschungsthemen sind Berggebiete, Gesundheit, Technologie und Sprachen, Minderheiten und Autonomien. Die EURAC arbeitet projektbezogen und ist weltweit in viele Forschungsnetzwerke eingebunden. Eine Zusammenarbeit findet vor allem mit internationalen Organisationen, wie der Alpen- und Karpatenkonvention, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) und mit verschiedenen Weltraumorganisationen statt.

Der Sitz der EURAC in Bozen befindet sich in einem historisch interessanten Gebäude: Das in Südtirol als „Ex-GIL“-Gebäude bekannte Bauwerk wurde im Auftrag der faschistischen Partei von 1934 bis 1936 für die weibliche faschistische Jugend (GIL = gioventù italiana del Littorio) erbaut. Nach dem Sturz Mussolinis wurde das Gebäude in „Ex-GIL“ umbenannt. Im Laufe der Jahre wurde es in verschiedener Weise genutzt, so war es Kino, Supermarkt, bis es letztlich leer stand. Nach einem internationalen Architekturwettbewerb im Jahr 1995 für den Umbau des Komplexes, den der Grazer Architekt Klaus Kada gewann, wurde das Gebäude saniert und erweitert und wurde schließlich Sitz der EURAC Research.

Nach einer Führung durch den historischen und den neuen Teil des Gebäudes, der über eine lichtdurchflutete Präsenzbibliothek verfügt, empfing uns Dr. Josef Bernhard zu einem Vortrag über die Autonomie Südtirols, in dessen Rahmen auch Landeshauptmann a.D. Durnwalder interessante Einblicke in die jüngste Südtiroler Geschichte und die Autonomiebestrebungen bot. In seinem prägnanten und ungewöhnlich offenen Vortrag zeichnete er eine Vision der „Vollautonomie“, bei der das Land auch Zuständigkeiten in den Bereichen Polizei, Steuern

und für internationale Verträge übernehmen sollte, und betonte die Notwendigkeit einer Minderheit, immer aktiv bleiben zu müssen, um nicht unterzugehen.

Hingewiesen wurde auf den Autonomiekonvent, der ein Hilfsorgan des Landtages ist, um die Autonomie gemeinsam mit der Bevölkerung und möglichst bürgernah weiterzuentwickeln und an die veränderten politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen. In verschiedenen Gremien (Konvent der 33 und Forum der 100) werden Ergänzungen des Autonomiestatutes geprüft und diskutiert. Ziel des Konvents ist es, ein Dokument zu erarbeiten, das dem Südtiroler Landtag vorgelegt wird und das als Grundlage für die Überarbeitung des Autonomiestatuts dienen soll.⁸

Dr. Bernhard referierte über ein weiteres Projekt der EURAC mit Österreich-Bezug: die Qualitätsbewertung und –verbesserung der Staatsanwaltschaft Innsbruck. Das Projekt, das inzwischen auch auf die Staatsanwaltschaft Feldkirch und die Oberstaatsanwaltschaft Innsbruck ausgedehnt wurde, wird gemeinsam mit der Universität Innsbruck wissenschaftlich begleitet und ist auf Initiative von Dr. Brigitte Loderbauer (LStA der OStA Innsbruck) entstanden. Ziel des Projekts ist, die gesamte Organisation mit Hilfe eines anerkannten europäischen Qualitätsrasters (Common Assessment Framework – CAF) zu durchleuchten und Verbesserungspotentiale zu finden.

8 Der Konvent setzt sich aus 33 Mitgliedern zusammen, die der Landtag einsetzt. Das Forum der 100 besteht aus 100 Südtiroler Bürgern über 16 Jahren, das den Konvent der 33 berät. Das Forum der 100 soll Bürgernähe sichern und unterschiedliche Interessenlagen in die Diskussion einbringen und einen Meinungs austausch pflegen. Alle Sitzungen des Konvents sind öffentlich, wie auch die erarbeiteten Dokumente. Der Konvent sollte seine Arbeit ein Jahr nach seiner Einsetzung durch den Landtag beendet haben und kann bei Bedarf seine Verlängerung um maximal sechs Monate verfügen.